

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	58
		TOP:	11
Verhandlung		Drucksache:	1320/2021
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	08.03.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Holch (ASW), Herr Wammetsberger (Büro Köhler & Leutwein)		
Protokollführung:	Frau Schmidt / pö		
Betreff:	Sanierung Stuttgart 28 -Bismarckstraße- Neue Verkehrsführung für die künftige Umgestaltung des Bismarckplatzes Abschlussbericht des Verkehrsversuchs		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung u. Technik vom 22.02.2022, öffentl., Nr. 45
Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 04.02.2022, GRDRs 1320/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der neuen Verkehrsführung im Hinblick auf die künftige Umgestaltung des Bismarckplatzes wird grundsätzlich zugestimmt.
2. Die Ergebnisse des Abschlussberichts werden zur Kenntnis genommen.
3. Der weiteren Vorgehensweise wird zugestimmt.

StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE) spricht die Radverkehrsführung bei dieser Maßnahme an. Bisher gebe es die Verbindung Vogelsangstraße - Schwabstraße nur über die Fußgängerzone; angestrebt werde die Nutzung über die Bismarckstraße, was jedoch bisher nicht geregelt sei. Sie möchte wissen, ob es dazu bereits Beschlüsse des Bezirksbeirates West oder Überlegungen der Verwaltung gebe.

Zufriedenheit über den Abschluss des Prozesses äußert StR Kotz (CDU), wobei allerdings die vorteilhafte Entwicklung am Bismarckplatz zusätzliches Verkehrsaufkommen in anderen Straßen generiere. Es könne nicht bei allen Maßnahmen die "eierlegende Wollmilchsau" gefunden werden. Auch eine Bürgerbeteiligung führe nicht immer zur Zufriedenheit aller. In der Abwägung gelange seine Fraktion trotzdem zu einer positiven Einschätzung und werde der Vorlage zustimmen. Generell merkt er zu Verkehrsfragen an, es würden punktuell einzelne Stellen betrachtet, es fehle jedoch ein Gesamtblick auf den Stadtbezirk oder ein Gebiet. Er regt an, zukünftig den Radius größer zu fassen, um eine umfassendere und dadurch positivere Lösung zu finden.

Die Freude über die Umgestaltung sei unter der Bürgerschaft in Stuttgart-West sehr groß, berichtet StRin Schanbacher (SPD). Bereits der Verkehrsversuch habe zu einer deutlichen Belegung des Bismarckplatzes und zu Verbesserungen für das Quartier geführt. Die Rolle der Bürgerbeteiligung dürfe nicht klein geredet werden. Es sei in Ordnung, wenn am Ende nicht alle zufrieden seien, aber es gehe darum, in der Bürgerschaft Verständnis für die Zielsetzung der Maßnahme zu erreichen. Die Sperrung der Bismarckstraße habe Zustimmung und Ablehnung gleichermaßen erfahren. Bezüglich des Ausweichverkehrs - besonders in der Ludwigstraße - hätten die Untersuchungen von Luftqualität oder Lärm akzeptable Werte ergeben. Sie verweist auf die nahe Lage des "Superblocks" nach Vorbild der Stadt Barcelona, der auf einem Einbahnstraßensystem basiere. Anstatt Buchten für Ausweichverkehre zu schaffen, könne ein solches System in Erwägung gezogen werden. Die Rückführung der Schwabstraße auf zwei Spuren sowie die Einrichtung von Tempo 30 habe zunächst für große Diskussionen gesorgt, die während des Verkehrsversuchs aber abgeebbt seien. Die Menschen hätten erkannt, welcher Mehrwert an Lebens- und Aufenthaltsqualität erreicht werden könne.

Bereits die ersten provisorischen Veränderungen hätten den Bismarckplatz in seiner Wahrnehmung deutlich verändert, so StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Es sei erfreulich zu beobachten, wie viele Familien mit Kindern sich dort jetzt aufhielten, weshalb er gerne die Umgestaltung erwarte. Er verweist auf das hervorragende Ergebnis des Wettbewerbs und die Erkenntnisse aus dem Verkehrsversuch, zu denen er anmerkt, Konflikte bei Änderungen des Verkehrsflusses seien normal. Es gebe übergeordnete Ziele, wie beispielsweise die Klimaneutralität der Stadt, eine Reduzierung des Autoverkehrs und die Schaffung von mehr Lebensqualität. Der Bismarckplatz sei bisher nicht lebenswert und müsse ähnlich wie der Marienplatz "beispielbar" werden. Der Stadtrat hofft auf eine schnelle Umsetzung der Maßnahme.

StR Serwani (FDP) kann bei niemandem hundertprozentige Zufriedenheit mit der Maßnahme erkennen. Er begrüße zwar enorm die Aufwertung des Bismarckplatzes, andererseits habe diese zu einer Verlagerung auf die umliegenden Straßen, speziell Ludwig- und Rötestraße, geführt. Die Geschäftsleute seien darüber verärgert, dass ihre Geschäfte nicht mehr direkt angefahren werden können. Der Wettbewerb und das Gutachten enthielten gute Ansätze für Verbesserungen, wodurch sich eine Änderung der Situation zugunsten der Anlieger ergeben werde. Ob eine Einbahnstraßen-Regelung für eine große Verkehrsberuhigung sorgt, wagt der Stadtrat zu bezweifeln. Es bedürfe dringend eines Gesamtverkehrskonzeptes für den Stadtteil.

Was das Gesamtverkehrskonzept für Stuttgart-West betrifft, kann sich StRin Königeter (PULS) ihrem Vorredner anschließen. Bezüglich der Einbahnstraßen unterstützt sie die Meinung von StRin Schanbacher und bittet um Überprüfung der Machbarkeit von Einbahnstraßen in West. Es gehe nicht nur um den fahrenden, sondern auch um den ru-

henden Verkehr, da die Straßen im Gebiet für diese hohen Verkehrsaufkommen nicht ausgelegt seien. Aufgrund der durchgehend belegten Parkplätze seien Lieferdienste jeglicher Art gezwungen, in zweiter Reihe zu halten. Dies erschwere die Situation massiv.

Seine Fraktion vertrete die Meinung, dass 75 % der Rückmeldungen aus der Bürgerschaft negativer Art seien, betont StR Schrade (FW). Ausdrücklich gehe es darin nicht nur um Belange des Autoverkehrs, sondern auch des Radverkehrs. Offensichtlich seien aber die meisten Ausschussmitglieder bereit, für Verbesserungen am Bismarckplatz Einschränkungen in der näheren Umgebung zu akzeptieren. Erst aufgrund negativer Bewertungen sei der Messpunkt Ecke Ludwig-/Rötestraße in den Verkehrsversuch aufgenommen worden. Für ihn stelle sich die Frage, ob durch die Schließung der Bismarckstraße nicht mehr Verlierer als Gewinner produziert würden. Unterstützung signalisiert der Stadtrat für den Vorschlag aus der Bürgerschaft, die Bismarckstraße vorerst offen zu halten, bis eine Lösung im Umfeld gefunden ist. Unter den aktuellen Vorgaben werde er die Vorlage jedoch ablehnen.

Es sei nicht konsequent, Verkehr an der einen Stelle auszubremsen, um sich dann über eine Zunahme an anderer Stelle zu wundern, erklärt StR Dr. Mayer (AfD). Einbahnstraßen-Lösungen reduzierten nicht die Gesamtsumme des Verkehrs, sondern generierten - wie in Feuerbach zu erleben sei - mehr unnötig gefahrene Strecken. Er könne sich vollumfänglich den Ausführungen von StR Schrade anschließen und lehne die Vorlage ab.

Zu den Anmerkungen der Ausschussmitglieder nimmt Herr Holch (ASW) Stellung und erklärt generell, es bedürfe einer Gesamtbetrachtung, bevor in die Details eingestiegen werde. In den neueren Sanierungsgebieten, die auf einem gesamten Stadtteil fußten (z. B. Botnang, Gaisburg), werde die gesamtverkehrliche Untersuchung allen weiteren Maßnahmen vorangestellt. Außerhalb der Sanierungsgebiete sei der Wunsch nach größeren Umgriffen ein Thema für den Haushalt. Beim Bismarckplatz sei man gezwungen gewesen, kurzfristiger zu handeln, denn es handle sich um das wichtigste Projekt in der Laufzeit des Sanierungsgebietes 28. In der Entwurfsplanung sei man an einen Punkt gekommen mit Zielkonflikten vor dem Café Fragola und Sorgen der Einwohner über Beeinträchtigungen. Um für mehr Transparenz und Versachlichung zu sorgen, sei die Situation kurzfristig simuliert worden. Nachteilige Auswirkungen würden klar benannt, und die Abwägung finde öffentlich statt. Bürgernäher könne seines Erachtens nicht geplant werden. Um Rückmeldungen aus der Bürgerschaft zu erhalten, sei über 14 Tage ein "Bismarckplatz-Tagebuch" geführt worden. Dies habe einen Teil des Kuchendiagramms ausgemacht. Grundsätzlich gebe es bei Bürgerbeteiligungen zu beachten, dass Kritiker stets "lauter" und aktiver seien und beständiger am Projekt teilnahmen als Befürworter. Trotzdem sei es wichtig, diese Resonanz darzustellen. Auch der Verwaltungsmitarbeiter begrüßt eine Gesamtbetrachtung für den Stuttgarter Westen, zumindest für den Bereich zwischen Rotebühlstraße und Bebelstraße, da dies weitere Erkenntnisse für die Verkehrsleitung ermögliche. Kurzfristig wolle man entlastende Maßnahmen für die Straßen erbringen, in denen sich die Situation verschlechtere habe. Der Baubeginn für den Bismarckplatz sei für Ende 2023 vorgesehen.

Weitere Informationen zum Tagesordnungspunkt liefert Herr Wammetsberger (Büro Köhler & Leutwein), der zusagt, die Führung des Radverkehrs in der Bismarckstraße nochmals zu prüfen. In einem Provisorium sei es stets schwieriger als im Endausbau, den Radverkehr richtig zu führen. Ähnlich verhalte es sich mit Tempo 30 in der

Schwabstraße, wobei das Geschwindigkeitsniveau jedoch schon relativ gut sei. Sein Büro habe sich bereits gedanklich mit Einbahnstraßen im Gebiet beschäftigt, die aber ebenfalls zu Verkehrsverlagerungen führten. Normale Verkehrsarten würden dadurch nicht reduziert, sondern lediglich neu gesteuert und verlegt. Dies zeige sich dergestalt in der Bismarckstraße. Die Pandemiephase sei eine sehr ungünstige Zeit im Hinblick auf das Gesamtverkehrsaufkommen, aber es habe sich gezeigt, dass der Verkehr insgesamt im Gebiet abgenommen habe. Dies hänge unter anderem mit der Streckenführung in Navigationsanwendungen zusammen, die nach und nach die Sperrung der Bismarckstraße aufgenommen hätten. Dies zeige, dass durch andere Maßnahmen noch mehr Fremdverkehr herausgenommen werden könne, was aber Aufgabe des Mobilitätskonzepts sei. Im Gebiet müsse dafür gesorgt werden, das Gesamtverkehrsaufkommen und den Ziel- und Quellverkehr zu reduzieren, um in der Folge alles verträglicher zu gestalten. Aufgabe des Verkehrsversuches sei es gewesen festzustellen, ob die Maßnahmen verträglich abwickelbar seien. Niemand werde über die Maßen belastet; alles bewege sich im Rahmen der Richtlinie und der gesetzlichen Anforderungen. Er bestätigte eine nachträgliche Zählung am 23.09.2021, durch die weitere Auswirkungen in größerer Entfernung ermittelt werden sollten. Zum Vorschlag von StR Schrade merkt er an, ein provisorisches Offenhalten der Bismarckstraße generiere mehrere Probleme. Bei einer offenen Straße müsse der Platz außen herum gebaut werden. Wenn man in Zukunft den Platz über die Straße bringen wolle, könne die Schwabstraße nicht auf dasselbe Niveau angehoben werden und eine einheitliche Wirkung werde nicht erzielt. Am Ende stünden Flickwerk und deutlich höhere Kosten. Er rate zu einer sofortigen kompletten Umsetzung; alles andere ergebe mit Blick auf die Bauausführung keinen Sinn.

Für die Erläuterungen dankt StR Schrade. Die von Herrn Holch benannten Entlastungsmaßnahmen wie die Aufweitung der Einmündungsbereiche, die Einrichtung von Ausweichstellen oder wechselseitige Stellplatzanordnung klängen zwar schön, führten aber zu einer weiteren Belastung, weil der Parkdruck ohnehin immens hoch sei. Dies trage nicht zu einer guten Gesamtlösung bei.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt dem Beschlussantrag bei 11 Ja-Stimmen mehrheitlich zu. Er korrigiert die in der Tagesordnung ausgewiesene Beratungsfolge auf den Bezirksbeirat West, der mit großer Mehrheit ebenfalls zugestimmt habe.

Zur Beurkundung

Schmidt / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB/82
 3. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 4. Referat T
Tiefbauamt (2)
 5. BV West
 6. Stadtkämmerei (2)
 7. Amt für Revision
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand